

Zentralstelle des
Hamburgischen Kolonialinstituts.

A 10 a

Signatur:

A 10 9 K 2

Datum:

25. Sept. 1913

Vossische Zeitung (Berlin)

Nr.

488 vom *25. Sept.* 1913.

Das Waffenverbot.

Das Oberkommando in den Marken weist nochmals darauf hin, daß der Verkauf von Waffen, Pulver und Sprengstoffen an Zivilpersonen verboten ist; ebenso ist es verboten, daß Zivilpersonen eine Waffe tragen, sofern es ihnen durch die Ortspolizeibehörde nicht ausdrücklich gestattet ist. Die Ausübung der Jagd wird hierdurch nicht eingeschränkt, da der Besitz des Jagdscheins zum Tragen von Jagdwaffen und zum Kauf von Jagdmunition berechtigt.

Signatur

Datum

1918

Friedensvertrag

Entwurf
der Friedensbedingungen
von Deutschlands Gegnern

Artikel 170.

Die Einfuhr von Waffen, Munition und Kriegsgerät, welcher Art es auch sei, nach Deutschland ist ausdrücklich verboten.

Dasselbe gilt hinsichtlich der Fabrikation und der Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsgerät irgendwelcher Art für Rechnung fremder Länder.

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr.

80.

Boncours Vorstoß gegen Deutschland

Genf, 17. 2.

Die Verbindungskommission des Völkerbundes verhandelte über die allgemeinen Richtlinien für die Einschränkung des privaten Handels mit Kriegsmaterial. Der französische Regierungsvertreter, Paul Boncour, Mitglied der Ratskommission, erklärte, daß Frankreich besonderen Wert auf die Einschränkung der Fabrikation von privatem Kriegsmaterial legt, 1. weil Frankreich die Befugnisse des Völkerbundes zu stärken wünsche und 2. weil Frankreich hinreichend Grund zu der Annahme habe, daß Deutschland durch Kriegsmaterialfabrikation im Auslande die durch den Versailler Vertrag geforderten Einschränkungen zu umgehen lude. Der englische Regierungsvertreter, Unterstaatssekretär McNeill, Mitglied der Ratskommission, betonte, daß England keinem Abkommen beitreten würde, das die Vereinigten Staaten nicht auch unterzeichnen.

Hamburger Volkszeitung

Nr. 20

Spionage-Chef Oberleutnant Broke verschiebt 17 Waggonen m.t. Munition von Kiel nach China

Es ist aufgefallen, daß die Behörden und vor allem die Polizei in den ausgedehnten Munitionstransport über Kiel nach Nordchina an die reaktionären Generale auch nicht das geringste Licht zu bringen vermögen, daß es gewisse Stellen offensichtlich recht gut verstehen, alle Bemühungen zu durchkreuzen, die darauf gerichtet sind, die Quelle und den Herkunftsort der Munitionsendungen (zweifellos in Mitteldeutschland) zu ermitteln. Warum es nicht möglich ist, diese Affäre aufzuklären, wird jetzt klar. Niemand anders nämlich als

der Leiter der geheimnisvollen Spionageabwehrabteilung bei der Reichsmarine, Oberleutnant Broke, ist der Hauptbeteiligte bei dem Geschäft mit den 17 Munitionswaggonen.

Außer Broke soll vor allem der Oberregierungsrat Beuster von der Seetransportabteilung der Marineleitung an diesen Waffenschleibungen beteiligt sein. Beuster sowohl wie Broke sind direkte Untergebene des Reichswehrministeriums. Über die Rolle, die Herr Broke in Kiel spielt, haben wir bereits vor mehr als einem Vierteljahr ausführlich berichtet. Seine Spionageabwehrabteilung, die gegen ausländische Spione gar nichts zu tun hat, ist in Wirklichkeit eine antikomunistische Kampfstelle, von der aus Epigeln in die Werftbetriebe und Organisationen des Klassenbewußten Proletariats entsandt werden. Wir konnten auch berichten, daß Broke selber es war, der mit einigen seiner Kumpanen den Führer der Roten Marine in Kiel zu kaufen und als Spion zu verwenden versuchte. Und wieder war es Broke, der über ein geplantes Attentat auf Seest, das ihm gemeldet worden war, nicht nur keine Anzeige erstattete, sondern mit den faschistischen Nordbuben Günther, alias Puttberg, alias Oberleutnant Adrian von Beraen, alias Oberleutnant von Puttkamer, freundschaftlichen und dienstlichen Verkehr heute noch unterhält.

Um die Untersuchung, wenn es überhaupt zu einer solchen kommt, zu verhindern, bemühen sich die Beuster und Broke mit ihren Hintermännern, die ganze Sache so hinzustellen, als wenn sie im „Interesse der Landesverteidigung“ geschehen sei. Was daran wahr ist, kann man daraus erkennen, daß selbst das „Berliner Tageblatt“ diese Ausreden als glatten Schwindel abtut und die ganze Munitionsschiebung als ein Geschäft erklärt, bei dem sehr viel Geld verdient werden sollte. Es handelte sich dabei um Hunderttausende von Mark.

Wenn man weiter erfährt, daß der Oberregierungsrat Beuster in Kiel war und mit allen möglichen staatlichen und städtischen Stellen verhandelte, die die Munitionsschiebungen erleichtern sollten, und daß dann nur

durch eine zufällige Revision die „Maschinen-sendung“ als Munition erkannt wurde,

so kann daraus gefolgert werden, daß bestimmt nicht nur die beiden Genannten als die einzigen

Schieber verantwortlich zu machen sind, sondern daß hinter dem Munitionsfandal in Kiel noch viel mächtigere Kräfte der Marineleitung und des Reichswehrministeriums stecken, die an der Niederwerfung der chinesischen Arbeiter ebenso interessiert sind wie an der Unterdrückung der deutschen. Die Arbeiterschaft fordert

strengste Untersuchung durch Vertreter der proletarischen Organisationen und Veröffentlichung des Ergebnisses, eine Untersuchung, die sich bei Broke nicht nur auf die jetzige Munitionsschieberei, sondern auch auf die unheilvolle Rolle erstrecken muß, die dieser Mensch seit Jahr und Tag in engstem Zusammenwirken mit den Offizieren der Gememord-Organisation „Consul“ spielt.

Möge niemand erwarten, was die SPD-Presse glauben machen möchte, daß Herr Groener in die Methoden des Reichswehrministeriums und der ihm unterstellten Marineleitung einen anderen Kurs als Geßler bringen wird. Nicht er, sondern nur die revolutionäre Aktion des Proletariats wird mit den Korruptionsmethoden im Reichswehrministerium und dessen Unterstützungsaktionen für die internationale Konterrevolution ein Ende machen.

Berliner Tageblatt

Nr. 40

Die Kieler Munitionsaffäre.

Eine ungenügende Erklärung des Reichswehrministeriums.

Zu den Kieler Munitionsaffären wird von zuständiger Seite erklärt, daß weder das Reichswehrministerium noch die Seetransportabteilung irgendwie daran beteiligt seien. Der Name der Seetransportabteilung sei „anscheinend von privater Seite zu geschäftlichen Zwecken mißbraucht worden“. Das Reichswehrministerium unterstütze die Polizei eifrig in ihren Bemühungen um Aufklärung der Angelegenheit. Diese Erklärung ist völlig ungenügend. Der Versuch, die Schuld auf private Firmen abzuschieben, ist gänzlich verfehlt. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß der Oberleutnant Profke, ferner von der Seetransportabteilung Oberregierungsrat Beuster an der Angelegenheit führend beteiligt sind. Wir glauben sehr gern, daß die Marineleitung mit der Sache nichts zu tun hat, von der sich die Beteiligten ein gewinnbringendes Geschäft versprochen. Um so mehr aber ist es deshalb Pflicht der maßgebenden Stellen, gegen die beteiligten Beamten und Offiziere, die an Privatfirmen mit falschen Angaben herantreten sind, vorzugehen. Diese Beteiligung ist durch die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen einwandfrei festgestellt.

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 358

**Die Rheinlandkommission
gegen das Waffen- und Munitionsgesetz**

Koblenz, 2. 8.

Die interalliierte Rheinlandkommission hat das Reichsgesetz vom 12. April 1928 über Schusswaffen und Munition hinsichtlich seiner Anwendbarkeit im besetzten Gebiet geprüft. Hierbei hat die Kommission festgestellt, daß ein großer Teil der Bestimmungen dieses Gesetzes, namentlich die über die Ausstellung von Erlaubnisscheinen zum Tragen von Waffen, nicht übereinstimmend mit der Sonderregelung, die für das besetzte Gebiet von den Besatzungsbehörden über den Besitz, das Tragen und die Beförderung von Waffen und Munition getroffen worden sind. Sie weist infolgedessen, ohne der Anwendung des genannten Textes im besetzten Gebiet förmlich zu widersprechen, darauf hin, daß diese Bestimmungen gemäß Ordonnanz 48 in diesem Gebiete von Rechts wegen unanwendbar sei.

Hamburgischer Correspondent

Nr. 418

Das neue Schußwaffengesetz.

Von

Dr. jur. Helmuth Grimm.

Am 1. Oktober 1928 tritt das Gesetz über Schußwaffen und Munition vom 12. April 1928 in Kraft. Dessen Bestimmungen von allgemeinem Interesse sind. Gerichtsverhandlungen zeigen, wie häufig gegen die noch bis zum 30. September 1928 in Gültigkeit befindliche Verordnung des Rates der Volksbeauftragten über Waffenbesitz vom 13. Januar 1919 verstoßen wird. Diese Revolutionsverordnung bestimmte kurzerhand, daß alle Schußwaffen sowie Munition aller Art sofort abzuliefern seien. Den Ländern wurde es überlassen, welche Ausnahmen von der Ablieferungspflicht gelten sollten. Die Durchführung der Verordnung dachte man durch die Androhung strenger Freiheitsstrafen (Zuchthaus bis zu 5 Jahren, wenn die widerrechtlich im Besitz gehaltenen Waffen zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen verwendet wurden) zu erzwingen. Hamburg erließ am 12. Februar 1919 die erforderlichen Ausführungs- und Ausnahmebestimmungen. Wer in Hamburg eine Schußwaffe im Besitz behalten wollte, mußte sich einen Waffenschein ausstellen lassen. Dieser wurde — außer für Jagdwaffen — nur ausgestellt, wenn für seine Ausstellung öffentliches Interesse vorlag (z. B. zum Schutz von Banken, Warenlagern, Kunstsammlungen). Viele empfanden aber in den Wirren der nachrevolutionären Zeit auch ein lediglich in ihrem privaten Interesse liegendes Bedürfnis zum Besitz einer Schußwaffe, um notfalls das Leben ihrer Angehörigen schützen zu können. So haben sich viele trotz der angedrohten Strafen nicht dazu entschlossen, insbesondere ihre Revolver abzugeben. Das Gesetz des Staates wurde also, wie so manche Kriegsverordnung, nicht befolgt, und der Staat konnte, obwohl sein Ansehen darunter litt, die Befolgung nicht durchsetzen, denn diese Verstöße kamen fast nur dann heraus, nachdem von der Waffe Gebrauch gemacht war.

Der alte Reichstag hat noch kurz vor Zerschlagung ohne Debatte das neue Gesetz unter Dach und Fach gebracht. Nunmehr bedarf sowohl die Herstellung als auch der Handel mit Schußwaffen und Munition der staatlichen Genehmigung. Die näheren Bestimmungen interessieren nur die Fabrikanten und Händler. Wissenswert für die Allgemeinheit ist lediglich, daß ab 1. April 1929 nur noch solche Schußwaffen verkauft werden dürfen, auf denen der Hersteller oder Händler verzeichnet ist und die eine laufende Herstellungsnummer tragen. Diese Vorschrift wird bei Verbrechen den Behörden die Nachforschungen erleichtern, woher die benutzte Waffe gestammt hat.

Für die Allgemeinheit von Wichtigkeit sind hingegen die neuen Vorschriften über den Erwerb, das Führen und den Besitz von Schußwaffen und Munition. Diese können nur gegen einen Waffen- und Munitionserwerbschein erworben werden. Wer in der glücklichen Lage ist, Waffen zu erben, muß dies binnen

sechs Wochen der zuständigen Behörde anzeigen. Ferner muß, wer außerhalb seiner Wohnung eine Schußwaffe führt, einen Waffenschein bei sich tragen. Dieser Waffenschein wird bei Nachweis eines Bedürfnisses ausgestellt. Nicht ausgestellt wird er an Jugendliche unter 20 Jahren, geistig Minderwertige oder Entmündigte, Zigeuner, Personen, die unter Polizeiaufsicht stehen oder die bürgerlichen Ehrenrechte verloren haben, und nicht an Personen, die innerhalb der letzten fünf Jahre wegen gewisser gewalttätiger Vergehen bestraft worden sind. Im übrigen genügt aber in Zukunft der Nachweis des persönlichen Bedürfnisses, und öffentliches Interesse ist nicht mehr erforderlich. Auch gilt der Waffenschein fortan für das ganze Reichsgebiet, während er bis jetzt nur für das ausstellende Land — in Preußen sogar nur innerhalb des betreffenden Regierungsbezirks! — galt, sodaß man auf Reisen eine ganze Serie von Waffenscheinen nötig gehabt hätte — wenn man vor-schriftsmäßig handeln wollte.

Der Besitz einer Waffe innerhalb der Wohnung oder Geschäftsräume unterliegt ab 1. Oktober keiner Beschränkung oder Genehmigungspflicht mehr, falls der Besitzer nicht zu jener Kategorie von Personen gehört, denen ein Waffenschein zum Führen der Waffe außerhalb der Wohnung nicht ausgestellt werden darf (s. o.). Wer also bisher verbotenerweise zum Schutz seiner Familie einen Revolver im Nachtschrank liegen gehabt hat, darf ihn ab 1. Oktober endlich mit ruhigem Gewissen weiter behalten, denn der Staat hat eingesehen, daß er in seinem Besitze und in der Aufrechterhaltung der Ordnung hierdurch nicht gefährdet wird. Aber der Besitzer darf nicht ohne Waffenschein seinen Revolver nachts in die Manteltasche stecken, wenn er ausgeht, und er benötigt für den Kauf neuer Munition eines Munitionserwerbscheins. Ferner ist selbstverständlich der Besitz von größeren Waffenlagern — deren Begriff im Gesetz genau festgelegt ist — genehmigungspflichtig.

Der Waffenschein dient zugleich als Waffen- und Munitionserwerbschein in dem darin genehmigten Umfang, aber nicht umgekehrt. Für Jäger ist ferner eine große Erleichterung dadurch geschaffen, daß der Jahresjagdschein eines deutschen Landes im gesamten Reichsgebiet zum Führen und zum Erwerb von Jagdwaffen, einer Faustfeuerwaffe und Munition berechtigt — also kein Waffenschein extra erforderlich ist.

Die Strafbestimmungen bei Verstößen gegen Vorschriften des neuen Gesetzes sehen Gefängnis bis zu 3 Jahren und/oder Geldstrafe vor, und zwar auch für denjenigen, der es vorsätzlich oder fahrlässig unterläßt, zu verhindern, daß eine zur Hausgemeinschaft gehörige und seiner Aufsicht oder Erziehung unterstehende Person unter 20 Jahren eine Schußwaffe führt oder besitzt.

Um die Einheitlichkeit der neuen Bestimmungen für das ganze Reich unter allen Umständen zu wahren und diesen großen Fortschritt zu halten, ist zum Schluß im Gesetz selbst vorgesehen, daß der Erlass weitergehender Beschränkungen durch die Länder unzulässig ist. Dagegen hat sich im Reichsrat erfreulicherweise nur ein einziges Land geweigert, über dessen Widerspruch hinweggeschritten wurde.

Vossische Zeitung (Berlin)

Nr. 225

Wer darf Schußwaffen haben?

Un erlaubt Besitz strafbar

Zu dem neuen Gesetz über Schußwaffen und Munition ist eine Ausführungsverordnung nebst Runderlaß herausgegeben worden.

Die Auswirkungen des neuen Gesetzes über Schußwaffenbesitz und die Ausführungsbestimmungen dieses Gesetzes sind mannigfacher Art. Am wesentlichsten ist die **Einschränkung des Begriffs „Schußwaffen und Munition“**. Hiernach fallen nicht unter das Gesetz alle vor 1870 konstruierten Modelle, ferner Schrotflinten, Druckluftwaffen bis 7 mm, Zimmerstutzen bis 4 mm, Teschings bis 6 mm, Scheintod- und Schrottschusswaffen sowie endlich Selbstschuß- und Viehbetäubungsapparate. Der Erwerb und auch das Führen der aufgezählten Schießinstrumente fallen also nicht unter das Gesetz über Schußwaffen und Munition.

Das Führen dieser Waffen unterliegt jedoch weiterhin dem Gesetz zum Schutze der Republik hinsichtlich jener Personen, die sich einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung anschließen, die selbst oder deren Mitglieder Waffen besitzen. Ferner ist das Führen der vom Gesetz ausgenommenen Waffen für öffentliche Versammlungen und Aufzüge verboten. Schließlich kann der Gebrauch dieser durchaus nicht immer harmlosen Waffen von Fall zu Fall als grober Unfug verfolgt werden, wenn sie bei einer von ihrem Besitzer nicht unverschuldeten Schlägerei Verwendung gefunden haben.

Der Erwerb und das Führen von Schußwaffen und Munition ist auf diejenigen Personen beschränkt, die der Polizei genügend zuverlässig erscheinen. § 16 des Gesetzes enthält eine Aufzählung von Fällen, in denen die Zuverlässigkeit nicht als vorliegend zu erachten ist. Diese Aufzählung soll jedoch nicht erschöpfend sein. Die Polizei kann also auch aus anderen Gründen die Erteilung eines Waffenscheines wie auch eines Waffen-(Munitions-)Erwerbscheines ablehnen.

Die Polizei prüft

Um die Erlaubnis zum Führen einer Schußwaffe erteilen zu können, muß die Polizei außerdem noch die Bedürfnisfrage anerkennen.

Vielfach wird ein Waffenschein bei der Polizei beantragt, wenn gar nicht beabsichtigt ist, die Waffe mit sich zu führen. Da für den Erwerb, der dann die unbefristete Besitzerlaubnis in sich schließt, die Bedürfnisfrage nicht geprüft werden darf, ist es sehr viel leichter, einen Waffen-Erwerbschein zu bekommen. Es empfiehlt sich daher, in solchen Fällen nur den Antrag auf Erlaubnis zum Erwerb einer Schußwaffe zu stellen. Der Waffenschein berechtigt natürlich wie bisher in dem darauf vermerkten Umfang zugleich zum Waffen-(Munitions-)Erwerb, jedoch muß er jedesmal dem

Verkäufer vorgelegt werden, der die erworbenen Gegenstände darauf zu vermerken hat.

Gegen die Verfassung des Waffenscheines sowie des Waffen-(Munitions-)Erwerbscheines sind, wie gegen jede polizeiliche Verfügung, gemäß § 127 Landesverwaltungs-gesetz vom 30. 7. 1883 Beschwerde mit anschließender Klage beim Obergerichtsgericht, oder gemäß § 128 VVG. Klage beim Stadtausschuß mit Berufung an den Bezirksausschuß.

Wer bei Inkrafttreten des Gesetzes schon im Besitze eines gültigen Waffenscheines ist, bleibt für dessen Gültigkeitsdauer, spätestens aber bis zum 1. 4. 1929 zum Führen einer Schußwaffe berechtigt (§ 34 Abs. 2 des Gesetzes). Desgleichen ist der Inhaber einer der bisher gebräuchlichen Waffenbesitzbescheinigungen berechtigt, bis zum 1. 4. 1929 eine Schußwaffe der auf der Besitzbescheinigung verzeichneten Art zu erwerben, falls er das nicht bereits getan hat.

Neu und wichtig ist, daß zum **Waffenbesitz** selbst eine **behördliche Genehmigung nicht mehr erforderlich** ist. Wer also am 1. Oktober auf Grund eines Waffenscheines oder einer Waffenbesitzbescheinigung eine Waffe besitzt, hat es nicht nötig, nach Ablauf der Gültigkeit des Scheines eine erneute polizeiliche Genehmigung einzuholen. Will dagegen jemand nach dem 31. März 1929 eine unter das Gesetz fallende Schußwaffe oder dazugehörige Munition erwerben, so wird ihm kein Waffenhändler, der auf seine Handelserlaubnis bedacht ist, das Verlangte ohne Vorlegung eines nach dem 30. September d. J. ausgestellten Waffenscheines oder Waffen-(Munitions-)Erwerbscheines mehr aushändigen.

Weiterverkauf einer Waffe

Auch von Privatpersonen dürfen Schußwaffen und Munition nur überlassen werden, gleichgültig um welche Rechtsform (z. B. Schenkung, Leihe, Kauf) es sich dabei handelt, wenn der Empfänger dem Uebergeber einen behördlich ausgestellten Waffen-(Munitions-)Erwerbschein zur Ausfüllung aushändigt. Ist die Zahl von Waffen (Munition), auf die er lautet, noch nicht erreicht, so hat der Ueberlasser den Schein zurückzugeben, andernfalls ihn binnen 2 Wochen der Polizeibehörde einzureichen (§ 10 des Gesetzes und § 14 der RAB.).

Beim Erwerb von Waffen (Munition) aus Nachlässen ist der Polizei lediglich binnen 6 Wochen eine Anzeige zu machen (§ 14 des Gesetzes), sofern nicht im Sinne der nachstehenden Ausführungen zu § 17 des Gesetzes für den Erwerb persönlich eine Ablieferungsfrist besteht.

Wichtig ist ferner, daß Personen, denen nach § 16 des Gesetzes ein Waffen- bzw. Waffen-(Munitions-)Erwerbschein nicht erteilt werden darf, **auch zum Waffenbesitz nicht mehr berechtigt** sind. Diese Personen müssen daher gemäß § 17 Absatz 2 des Gesetzes **unaufgefordert** ihre Waffen in polizeiliche Verwahrung geben und sich, falls ihnen keine Ausnahme gemäß § 17 Absatz 3 des Gesetzes bewilligt wird, mit Uebereignung an die Behörde gegen Zahlung des gemeinen Wertes abfinden. Die Strafbarkeit für die nach dem Borgefügten ablieferungspflichtigen Personen beginnt nach § 31 des Gesetzes mit dem Ablauf von 6 Wochen nach dessen Inkrafttreten.

Wenden!

Wenn man auf Jagd geht

Jahresjagdscheine gelten für ihre Ausstellungsdauer. Sie berechnen sich sowohl zum Erwerb von Jagd- und Faustfeuerwaffen (für letztere bisher nicht) und der zugehörigen Munition (§ 21 des Gesetzes). Zur Führung dieser Waffen berechtigt der Waffenschein jedoch, außer zur Jagd, zum Jagdschuß und zu Übungsschießen, nur auf den dazugehörigen Hin- und Rückwegen.

Sodann sei noch der Waffen- und Munitionslager gedacht (§ 23 des Gesetzes). Der Besitz von mehr als fünf Schusswaffen bzw. von 100 Patronen ist genehmigungspflichtig, und zwar als „Lager“; es genügt also nicht der Besitz eines Waffenscheines. Bei Jagdwaffen dürfen es allerdings zehn sein und bei Jagdpatronen tausend Stück, ohne daß der Bestand als Waffenlager anzusehen ist, während bei Schrottpatronen gemäß § 24 Absatz 3 der R. A. B. überhaupt keine Genehmigung erforderlich ist.

Da im § 1 der R. A. B. die bei Schützenvereinen, Kleinkaliber- und Schießsportvereinen üblichen Waffen nicht von dem Gesetz über Schusswaffen und Munition ausgenommen sind, und diese Waffen häufig gesammelt aufbewahrt werden, ist seitens der Vereinsvorsitzenden das Augenmerk auf rechtzeitige Stellung eines Antrages auf Genehmigung dieser Waffenlager zu richten. Diese hat gemäß § 30 Absatz 1 der R. A. B. binnen einem Monat nach Inkrafttreten des Gesetzes, also spätestens am 31. Oktober 1928 zu erfolgen. Wird der Antrag abgelehnt, so ist für die Auflösung des Waffen- (Munitions-) Lagers nach § 30 Absatz 2 der R. A. B. noch eine Frist von einem Monat nach Zustellung des abgelehnten Bescheides vorgesehen.

Die Nichtbeachtung der gesetzlichen Vorschriften kann insofern schwere Nachteile mit sich bringen, als die Verstöße gegen das Gesetz als Vergehen zu ahnden sind (§ 25 Absatz 1 des Gesetzes). **Auch Eltern und Erzieher unterliegen den gleichen Strafen, wenn sie vorsätzlich oder fahrlässig unterlassen haben, zu verhindern, daß die ihrer Obhut unterstehenden Personen unter 20 Jahren gegen die Bestimmungen des Gesetzes verstoßen (§ 26).** Verstöße gegen die Durchführungsbestimmungen der Reichsregierung sind zwar nur als Übertretungen zu bestrafen, werden jedoch ebenfalls als Vergehen geahndet, sofern bereits eine zweimalige rechtskräftige Beurteilung wegen Verletzung der gleichen Bestimmungen vorliegt.

Regierungsrat Schmid.

Reichsgesetzblatt (Berlin)

Nr. 64.

**Verordnung über ein vorübergehendes Verbot der
Einfuhr von Faustfeuerwaffen.**

Vom 12. Juni 1933.

Auf Grund des § 2 des Vereinszollgesetzes vom
1. Juli 1869 (Bundesgesetzbl. S. 317) wird folgendes
verordnet:

Die Einfuhr von Faustfeuerwaffen aus dem Aus-
lande wird aus sicherheitspolizeilichen Gründen bis
auf weiteres verboten.

Ausnahmen im Einzelfalle sind unter den Voraus-
setzungen des § 22 Abs. 1 des Gesetzes über Schuß-
waffen und Munition vom 12. April 1928 (Reichs-
gesetzbl. I S. 143) zulässig.

Berlin, den 12. Juni 1933.

Der Reichsminister des Innern

Fried

210 9 N.2
- 1. Jan. 1934

The Times (London)

Nr. 46640

**"OVERTIME ON
MUNITIONS"
MISREPRESENTATIONS AT
BY-ELECTIONS
LABOUR STATEMENTS
REFUTED**

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—As an elector in the Harborough division I attended meetings of the candidates during the recent contest in order to hear, as impartially as possible, what they advocated. At a meeting addressed by the Labour candidate a speaker declared that

our Government, while openly advocating peace, was secretly preparing for war, and that the big armament firms were working overtime making munitions for the Government and pouring huge dividends into the pockets of their shareholders.

As the immediate Past President of the Institution of Mechanical Engineers, and knowing much of the industry, I challenged this statement, and insisted that the speaker should give the name of at least one firm which was working overtime on munitions. After much pressure he named Armstrong-Whitworth. I at once wired to this company and received from its head office this telegram:—

You can definitely refute all assertions that we are engaged on armaments.

Just before the Harborough by-election we had one in Rutland, and from that neighbourhood it was reported to me that a certain firm, having ordered an engine from Ruston and Hornsby, had been obliged to buy elsewhere because the latter firm were too busy making shells for the Government. At once I wrote to Ruston and Hornsby, Limited, who replied:—

There is no truth whatever in the statement recently made that we could not deliver an engine because we are too busy making shells. There is not a shell being made in our shops, and we are in a good position to supply all our products, and are clamouring for orders.

That there is such a war preparation going on

the Prime Minister has openly denied in Parliament. Nevertheless untruths such as these are being diligently spread in order to scare and influence electors. As to those "huge dividends" said to be pouring into the pockets of shareholders in armament firms, your readers know how entirely contrary to truth the statement is, but the mass of electors in our rural and industrial areas do not know.

At ordinary times, with our national tolerance of free speech and free expression of opinion, we are inclined to tolerate these things as a mere blowing off of a safety valve. But these are not ordinary times. What must be the inevitable effect on war preparation in Germany and Russia, and through them on France and Japan, of repeating this false statement that we are working overtime preparing for war?

If Parliamentary government is to remain with us, our heritage and pride, if it is not to be replaced by Communism or Fascism or other dictatorship, it must be based upon a well and accurately informed, and not misinformed, electorate. Free speech and freedom to differ there must be, and even reasonable misinterpretation of fact. But gross and wilful mis-statement of fact which poisons the minds of the ignorant and receptive, and robs honest men and women of the peace they should enjoy in a well-ordered State, should be treated as criminal, equally with the robbing of purses or the poisoning of our bodies. And surely it should be made no less a ground for unseating a member of Parliament that his election was influenced by gross and wilful untruth uttered by him or his supporters than that he and they had expended half-a-crown more than the statutory allowance!

If this were enacted, then all parties would be as careful of their statements as they now are of their expenditure. All parties alike need this purifying check. I write as one who has hitherto never given allegiance to any political party, simply because they all in turn are apt to employ these tricks, some more and some less.

Any such amendment of our electoral law must proceed from a strongly expressed general public opinion. It cannot originate with any Government alone, for it would be charged with oppression of political opponents. Will *The Times* take the lead in stimulating and voicing public opinion on this subject? Politics needs a code of honour. Like pugilism, it must have its Queensberry Rules and penalties for breaking them.

Yours faithfully,

WILLIAM TAYLOR.

Laughton Hills, Rugby, Dec. 29.

Signatur

910

g m 2

Datum

6. April 1934

Neue Zürcher Zeitung

Nr. 600

Ein unabgeklärtes Exportgeschäft. Der „Paris-Soir“ veröffentlicht in sensationeller Aufmachung Berichte über angebliche deutsche Waffenlieferungen nach Marokko, die insofern die schweizerische Öffentlichkeit interessieren dürften, als die Lieferungen von einer in Zürich niedergelassenen Gesellschaft „Artfis Alja“ durchgeführt werden und neben deutschen Waren auch solche schweizerischen Ursprungs enthalten. Die „Artfis Alja“ ist vor kurzer Zeit als Zweigniederlassung einer liechtensteinischen Gesellschaft ins Zürcher Handelsregister eingetragen worden. Dem Verwaltungsrat der Gesellschaft gehört unter andern an Sidi Fera Achmed Schaefer-Artfisiwe Affafa Paicha, Excellenz, Gouverneur von Artfis, in Gattuze, ein deutscher Staatsangehöriger, der in der Hauptsache die Unterhandlungen mit den schweizerischen Warenlieferanten geführt haben soll.

Nach unsern Erkundigungen hat der Dampfer „Optimist“, auf dem die Waren transportiert werden sollen, bisher den Hafen von Rotterdam noch nicht verlassen; die Meldung des „Paris-Soir“, wonach er bereits am Ostermontag von Las Palmas mit Kurs auf die marokkanische Küste abgefahren sei, widerspricht deshalb offenbar den Tatsachen. Weiter erfahren wir, daß die Lieferungen aus der Schweiz keinerlei Kriegsmaterialien enthalten, sondern sich aus Waren verschiedenster Art zusammensetzen (u. a. Lebensmittel und Geräte zur Kolonisierung und Waffermachung). Als Bestimmungsland wurde, wie wir vernehmen, Mauretanien angegeben, das südlich von Marokko liegt und von diesem größtenteils durch Spanisch Rio de Oro getrennt ist. Zur genaueren Feststellung des Schiffsinhaltes soll unverzüglich eine Kommission eingesetzt worden sein, bestehend aus dem spanischen und schweizerischen Konsul in Rotterdam und einer holländischen Persönlichkeit, deren Befund abzuwarten sein wird.

12.
6.50 / 22. April

K

Signatur

110

III 2
9m 6

Datum

6. April 1934

Neue Zürcher Zeitung

Nr. 604 •

Das Exportgeschäft nach Nordafrika. Im Zusammenhang mit dem im Morgenblatt Nr. 600 erwähnten „unabhängigen Exportgeschäft“ werden im „Paris-Soir“ verschiedene schweizerische Firmen genannt, die auf dem Dampfer „Optimist“ Waren verfrachtet haben sollen. Die Firma Gebr. Sulzer A.-G. in Winterthur, von der in der französischen Zeitung gesagt wird, daß sie eine Turbine an Bord des geheimnisvollen Schiffes habe, teilt uns mit, daß ihr davon nichts bekannt ist. Die Spezialturbinen, welche diese Firma baut, eignen sich in keiner Weise als Kriegs- und Konterbandematerial, weshalb es unerklärlich erscheine, wieso ihr Name in diesem Zusammenhang genannt werde.

Ferner berichtet die schweizerische Depeschagentur aus Basel: Zu der bereits dementierten Meldung des „Paris-Soir“ über einen angeblichen deutschen Waffenschmuggel nach Mauretanien auf dem deutschen Motorschiff „Optimist“ ist mitzuteilen, daß sich auf diesem Schiffe Exportwaren schweizerischer Industriefirmen befinden. Es handelt sich nicht um Waffen, sondern um Bedarfsartikel aller Art, Dauerlebensmittel, Werkzeuge, Stoffe usw. Die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung stellt die Verbindung zwischen der Gesellschaft „Arkis Alfa“ und den schweizerischen Industriellen her. Treuhänder der schweizerischen Exporteure ist Dr. Gut in Zürich-Kilchberg, der sich zurzeit mit dem schweizerischen Konsul in Rotterdam um den Transport der Schweizerwaren bemüht. Die Gesellschaft „Arkis Alfa“ vermittelt den Handel von Waren nach Afrika gegen Goldzahlung. Zur Kontrolle der Zahlung für die Schweizerwaren wurde ein Beamter des eidgenössischen Zentralamtes für Edelmetallkontrolle zur Verfügung gestellt.

Signatur *A 10.9 N: 21*

Datum 9. April 1934

Neue Zürcher Zeitung

Nr. 625

Das Exportgeschäft nach Mauretanien. ag
Rotterdam, 6. April. Der Treuhänder der schwei-
zerischen Exporteure, die im Zusammenhang mit dem
deutschen Dorschhifi „Optimist“ genannt worden
sind, Dr. G. H. G. hatte veranlaßt, daß eine Kommission,
bestehend aus holländischen Behördenmitgliedern und
dem schweizerischen Konsul in Rotterdam, das im
dortigen Hafen liegende Schiff „Optimist“ nach dem
eventuellen Vorhandensein von Waffen untersuchen
sollte. Diese behördliche Untersuchung hat nun
stattgefunden und die Nachrichten über einen angeb-
lichen **Waffen-smuggel** vollständig wider-
legt.

Die Schweiz. Zentrale für Handelsförderung in
Zürich hat seinerzeit als reine Auskunftsstelle gedient.
Andere Beziehungen mit der Sache besitzt sie nicht.
Die Kontrolle der Goldzahlungen wird von einem
amtlich vereidigten Goldschäfer besorgt, der jedoch
nicht Beamter des Eidg. Münzantes ist.

Signatur

Datum 12. Juni 1934

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)
Nr. 293

Deutschland tritt dem Waffenaustrittsverbot bei

Genf, 11. Juni. (DNB.) Das Völkerbundssekretariat gibt die Antwort bekannt, die dem englischen Botschafter in Berlin auf seine Anfrage wegen der Haltung Deutschlands zum Waffenaustrittsverbot nach Bolivien und Paraguay erteilt worden ist. Sie lautet:

„Die deutsche Regierung erklärt, daß sie auch nach ihrem Austritt aus dem Völkerbund den Grundsatz der Erklärung vom März 1933, die sie mit anderen Staaten im Völkerbund unterzeichnet hat, weiter anerkennt, wonach die Ausfuhr und der Transport von Waffen, Kriegsmaterial, Flugzeugen oder ihren Teilen, sowie Munition, die nach den kriegführenden Ländern Bolivien und Paraguay bestimmt sind, verboten werden.“

Die deutsche Regierung hat, wie der englische Botschafter in Berlin durch Vermittlung der englischen Delegation in Genf dem Völkerbund weiterhin mitteilt, hinzugefügt, daß sie bereit ist, im Einklang mit dieser Erklärung zu handeln, vorausgesetzt, daß alle anderen beteiligten Regierungen sich wie früher verpflichten, ebenso zu verfahren.

Signatur

Datum 25. Juni 1934

Deutscher Reichsanzeiger und Preussischer Staatsanzeiger (Berlin)

Nr. 145

Verordnung

über die weitere Aenderung der Bekanntmachung, betreffend
das Verbot der Ausfuhr von Waren.

Vom 22. Juni 1934.

Auf Grund des § 1. der Verordnung über die Außenhandelskontrolle vom 20. Dezember 1919 (RGBl. S. 2128) wird bestimmt:

§ 1.

In der Anlage der Bekanntmachung, betreffend das Verbot der Ausfuhr von Waren, vom 17. September 1923 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 220 vom 22. September 1923) in der Fassung der Verordnungen vom 12. Dezember 1925 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 295 vom 17. Dezember 1925), vom 21. September 1929 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 222 vom 23. September 1929), vom 24. Dezember 1932 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 303 vom 27. Dezember 1932), vom 14. Februar 1934 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 48 vom 26. Februar 1934) und vom 7. Juni 1934 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 133 vom 11. Juni 1934) — Aufzählung der Waren, deren Ausfuhr ohne Bewilligung verboten ist — wird an Stelle von:

Kupfer, roh, in Scheiben oder sogenannten Rosetten, Blöcken (Hartstücken), Barren oder Platten, in Pulverform usw. . . aus 869 A 1
eingesetzt:

Kupfer, rohes (auch auf elektrolytischem Wege hergestelltes sowie zementiertes [Zement-] Kupfer) in Scheiben oder sogenannten Rosetten, Blöcken (Hartstücken), Barren oder Platten usw., jedoch nicht in Pulverform . . . aus 869 A 1

Kupfermünzen, Bruchkupfer, Kupferabfälle, -späne, -glühspan (alsche) . . . 869 A 2

Messing, Alu, Stierro, Delta, Duranumetall, Messingchlaglot, Tombak, roh oder als Bruch, sowie Abfälle von der Verarbeitung dieser Legierungen (Messingspäne usw.) . . . 869 A 3

Bronze und andere Kupferlegierungen, roh oder als Bruch, sowie Abfälle von der Verarbeitung dieser Legierungen . . . 869 A 4

§ 2.

Diese Verordnung tritt am 27. Juni 1934 in Kraft.
Berlin, den 22. Juni 1934.

Der Reichswirtschaftsminister.
J. A. Sarnow.

Signatur *A10 p. 4. e*

Datum 12. Dez. 1934

The Times (London)
Nr. 46935

OFFICERS AND ARMAMENT
FIRMS

WAR OFFICE ATTITUDE

Mr. MANDER (Wolverhampton, E., L.) asked the Financial Secretary to the War Office if he would give an assurance that the new officers' employment bureau at the War Office would not include among its duties the offering of positions in armament firms to retired officers.

Mr. D. HACKING (Chorley, U.).—If an armament firm requires a retired officer for any particular position I see no reason why this employment bureau should not recommend suitable candidates in exactly the same way as it might recommend them for other civilian posts. (Hear, hear.)

Mr. MANDER.—Are there not certain dangers in developing too closely a connexion between a Government Department and private armament firms?

Mr. HACKING said that these officers had retired and become civilians again, and he could see no reason why such people should not have the same number of jobs open to them as any other civilian. (Cheers.)

Mr. COCKS (Broxtowe, Lab.) asked the Financial Secretary to the War Office whether he had made further inquiries into the matter of the correspondence of June 20, 26, and 30, 1931, relating to the appointment of an arms salesman; whether the missing letters had now been found; and whether he could make a further statement on the subject.

Mr. D. HACKING.—I have now had the advantage of seeing in the Press copies of the letters to which the hon. member refers, and of getting into touch with the officers who wrote them. Now that I have seen them it is quite obvious that they were written as personal, not official, letters, and that is the reason why they were not filed at the War Office. The writer of the letter of June 30, 1931, evidently did allude to serving officers, but it is neither the policy nor the practice of the Department to recommend serving officers for civil posts of this nature.

Mr. ANSTRUTHER-GRAY (Lanark, N., U.).—Is it not a fact that these letters were written while the Socialist Government were in office?

Mr. HACKING.—Yes, that is so. Secondly, the hon. member, if he still thinks this correspondence was of an official character and desires to attach any blame, perhaps will put the blame on someone else and not on us.

Mr. COCKS.—Does the hon. gentleman suggest that I doubt his word?

Mr. HACKING.—No, certainly not.

Signatur

A10 g N. 1

Datum

19. Dez. 1934

The Times (London)

Nr. 46941

**THE ARMS INQUIRY
NO EXPORT LICENCES TO
GERMANY**

Mr. DOBBIE (Rotherham, Lab.) asked the Prime Minister whether the proposed British arms inquiry would investigate the part played by British firms in the rearmament of Germany and, in particular, the existence and nature of agreements between armament manufacturing firms in this country and German firms for the supply of armaments or munitions of war.

Mr. MAC DONALD (Seaham, Nat. Lab.).—I would refer the hon. member to the reply which I gave yesterday to questions put to me on the subject of the proposed arms inquiry, but for his information may add that as Article 170 of the Treaty of Versailles provides that the "importation into Germany of arms, munitions, and war material of every kind shall be strictly prohibited" no licences have been issued for the export to Germany of the material mentioned. (Cheers.)

14. Feb. 1935

Le Temps (Paris)

Nr. 2 6828

POLOGNE

Transport d'armes allemandes

On télégraphie de Varsovie :

En gare de Gdaniec (Poméranie), par suite du frottement des essieux, un commencement d'incendie s'est déclaré sur le plancher d'un wagon faisant partie d'un train de marchandises allant de Berlin à Königsberg, et transitant par la Poméranie polonaise. La prompt intervention des employés de la gare a évité une véritable catastrophe car ce wagon, comme ils l'ont constaté, était rempli de munitions.

Signatur *A10 g. K. 2 I*

Datum

15. Nov. 1935

Eildienst
für Außenhandel und Auslandswirtschaft (Berlin)

Nr. 267 - - -

**Deutsches Reich — Beschränkung der Ein- und Ausfuhr
von Kriegsgerät**

§ Im Reichsgesetzblatt Nr. 125 vom 15. 11. 35 wird ein Gesetz über die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät veröffentlicht werden. Das Gesetz bestimmt, daß diese nur mit besonderer Erlaubnis des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung im Einvernehmen mit dem Reichskriegsminister erfolgen darf. Eine Liste des Kriegsgeräts, das nur mit dieser Erlaubnis aus- und eingeführt werden darf, wird im Reichsanzeiger veröffentlicht werden. Zuwiderhandlungen gegen das neue Gesetz werden mit erheblichen Strafen bedroht.

Die durch das neue Gesetz geschaffene Regelung der Aus- und Einfuhr von Kriegsgerät entspricht der Regelung, die auch in den meisten anderen Ländern, die Waffen herstellen, auf diesem Gebiet getroffen worden ist.

Signatur

A 10 g No. 2 - 7

Datum 16 Nov 1935

L'Information (Paris)

Nr. 237

L'Allemagne et l'exportation
du matériel de guerre

Berlin, 15 novembre. — Une loi datée d'aujourd'hui spécifie que toute transaction concernant le matériel de guerre est soumise à une autorisation spéciale du commissaire à l'importation et à l'exportation et du ministre de la Guerre.

Cette loi permettra de mettre en exécution l'interdiction d'envois d'armes aux belligérants annoncée par le Reich depuis longtemps.

Signatur

410 g.k. 25

Datum 18. Nov. 1935

Eildienst
für Außenhandel und Auslandswirtschaft (Berlin)

Nr. 269 - - 5

**Deutsches Reich — Zum Aus- und Einfuhrverbot für
Kriegsgeräte**

* Nachstehend wird eine im Reichsanzeiger vom 18. 11. 35 veröffentlichte Bekanntmachung vom 16. 11. 35 des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung, Abwicklungsstelle, betreffend Liste der Kriegsgeräte, wiedergegeben:

Unter Bezugnahme auf § 1 und 2 des Gesetzes über Aus- und Einfuhr von Kriegsgerät vom 6. November 1935 (Reichsgesetzbl. Teil I Nr. 126, S. 1337) gebe ich nachstehend eine Liste der Kriegsgeräte bekannt, die nur mit meiner Erlaubnis zur Aus- und Einfuhr zugelassen werden:

1. Waffen und Munition jeder Art und ihre Bestandteile.

Ausgenommen sind:

a) Die Waffen nach § 1 der Ausführungsverordnung zum Gesetz über Schußwaffen und Munition vom 13. Juli 1928 (Reichsgesetzbl. I S. 198), in der Fassung vom 2. Juni 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 253).

b) Jagdwaffen gem. § 22 der Ausführungsverordnung zum Gesetz über Schußwaffen und Munition vom 13. Juli 1928 (Reichsgesetzbl. I S. 198).

c) Scheibenbüchsen und Kleinkalibergewehre.

d) Pistolen und Revolver mit weniger als 8 mm Kaliber.

e) Munition für die Waffen unter a bis d.

f) Hieb- und Stoßwaffen.

g) Handelsübliche Sprengmunition.

2. Einrichtungen, die ausschließlich zum Einsatz und Gebrauch von Kriegswaffen bestimmt sind, z. B. Meß-, Ziel-, Kommandogeräte, U-Boot-Sehrohre, Ausstoßrohre, Abwurfvorrichtungen.

3. Tanks, Panzerwagen, Panzerzüge.

4. Kriegsschiffe aller Art.

5. Kriegsluftfahrzeuge und ihre Bestandteile.

6. Chemische Kampfstoffe.

Ministerial-Blatt des Reichs- und
Preuß. Minist. des Innern (Berlin)
Nr. 33.

Ausführung des Waffenges. v. 18. 3. 1938.

Abt. d. RMdI. v. 1. 8. 1938

— I b 2007/38-6310.

Nach § 9 (1) Nr. 1 des Waffenges. v. 18. 3. 1938 (RGBl. I S. 265) ist der Handel mit Schusswaffen und Munition sowie mit Hieb- oder Stoßwaffen im Umherziehen verboten. Im Einvernehmen mit dem RMdI. weise ich darauf hin, daß der Tatbestand des Handels im Umherziehen dann nicht gegeben ist, wenn ein Waffenhändler auf polizeilich genehmigten Schießständen Waffen oder Munition anlässlich von Schießveranstaltungen (z. B. Pflicht- und Übungsschießen der Deutschen Jägerschaft u. dgl.) auf ausdrückliche schriftliche Aufforderung des Veranstalters feilhält.

An die Reichsstatthalter, die Landesregierungen, den Reichskommissar für das Saarland, alle Pol.-Behörden.

Nachrichtlich an den Reichsminister der Justiz, den Reichswirtschaftsminister und den Reichsjägermeister durch Abdruck.

— RMdI. S. 1289.

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 198 -

Deutsches Reich — Bekanntmachung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung betreffend Liste der Kriegsgeräte

Im Reichsanzeiger Nr. 198 vom 28. 8. 39 ist eine Bekanntmachung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung betreffend Liste der Kriegsgeräte vom 26. 8. 39 enthalten, die folgenden Wortlaut hat:

Die Liste der Kriegsgeräte, die nach §§ 1 und 2 des Gesetzes über Aus- und Einfuhr von Kriegsgerät vom 6. November 1935 (Reichsgesetzblatt Teil I Nr. 126, S. 1337) nur mit meiner Erlaubnis zur Aus- und Einfuhr zugelassen sind, erhält folgende Fassung:

1. Waffen und Munition jeder Art und ihre fertigen Bestandteile.

Ausgenommen sind:

a) die Waffen nach §§ 20 und 22 der Verordnung zur Durchführung des Waffengesetzes vom 19. März 1938, Reichsgesetzbl. I, S. 270, und blanke Sportwaffen.

b) Jagdwaffen gemäß § 32 der Verordnung zur Durchführung des Waffengesetzes vom 19. März 1938, Reichsgesetzbl. I S. 270.

c) Scheibenbüchsen und Kleinkalibergewehre.

d) Pistolen, soweit sie nicht Maschinenpistolen sind, unter 8 mm Kaliber.

e) Munition für die Waffen unter a) bis d).

2. Einrichtungen, die ausschließlich zum Einsatz und Gebrauch von Kriegswaffen bestimmt sind, z. B. Meß-, Ziel-, Kommandogeräte, U-Boot-Sehrohre, Ausstoßrohre, Abwurfvorrichtungen.

3. Panzerplatten.

4. Gepanzerte oder mit fest eingebauten Waffen ausgerüstete Fahrzeuge.

5. Kriegsschiffe und die ihnen eigentümlichen Bestandteile.

6. Luftfahrzeuge und ihre Bestandteile.

7. Chemische Kampfstoffe.

8. Militärisches Nachrichten- und Pioniergerät.

9. Militärische Ausrüstungsstücke.

Die Gegenstände unter 8 und 9 sollen gekennzeichnet sein durch ihre besondere Eignung für die Ausübung militärischen Dienstes. Es ist nicht nötig, daß sie ausschließlich für militärische Zwecke bestimmt oder brauchbar sind. Dinge des allgemeinen menschlichen Bedarfs sind nicht gemeint;

z. B. gelten als Kriegsgerät:

Uniformen der Wehrmacht, Stahlhelme, Gasmasken, Ferngläser, Tornisterfunkgerät, Feldfernsprecher, Leuchtpistolen, Scheinwerfer, Pontons;

dagegen sind nicht Kriegsgerät:

Leibwäsche, Nahrungsmittel, Brillengläser, Schallplatten, gewöhnliche Fernsprecher, allgemeines Baugerät.

Die Genehmigung des Oberkommandos der Wehrmacht gemäß § 22 des Waffengesetzes vom 18. März 1938 (Reichsgesetzblatt I, S. 265 ff.) gilt bei Pistolen, blanken Seitenwaffen und den Gegenständen der Ziff. 8 und 9 für den Erwerb einzelner Stücke bis zur Höchstzahl von 5 Stück ohne weiteres als erteilt. (NfA 198 v. 28. 8. 39.)

Signatur.....

Datum

6. Sep. 1939

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. **206** -

Deutsches Reich — Verordnung über Durchfuhr von Kriegsgerät

Im Reichsanzeiger Nr. 207 vom 6. 9. 39 ist eine Verordnung über Durchfuhr von Kriegsgerät vom 5. 9. 39 veröffentlicht, die folgenden Wortlaut hat:

Auf Grund des § 106 des Zollgesetzes (ZG) vom 20. März 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 529/1939) wird folgendes verordnet:

§ 1. Das Gesetz über Aus- und Einfuhr von Kriegsgerät vom 6. November 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1337/1935) wird auf die Durchfuhr von Kriegsgerät ausgedehnt, so daß es auf diese in dem gleichen Umfange wie auf die Aus- und Einfuhr Anwendung findet.

§ 2. Die Durchfuhrbewilligung erteilt der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung im Einvernehmen mit dem Oberkommando der Wehrmacht. (NfA 206 vom 6. 9. 39).

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 632

Eine deutsche Klarstellung.

Keine Kriegsmateriallieferungen an Finnland.

✠ Berlin, 10. Dezember. Das „Deutsche Nachrichtenbüro“ teilt mit:

„Gewisse schwedische Zeitungen berichten in sensationeller Aufmachung von deutschen Kriegsmateriallieferungen an Finnland. Außerdem wird behauptet, eine fremde Macht habe in jüngster Zeit an Finnland Flugzeuge geliefert und Deutschland habe die Durchfuhr dieser Flugzeuge gestattet und begünstigt. Diese Meldung ist frei erfunden und lediglich dazu bestimmt, das deutsch-russische Verhältnis zu trüben. Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß seit Entstehen des Konfliktes zwischen Sowjetrußland und Finnland weder aus noch über Deutschland irgendwelches Kriegsmaterial an Finnland gegangen ist.“

Reichsgesetzblatt (Berlin) Teil I

Nr. 48

Verordnung über die Einführung
des Gesetzes über Aus- und Einfuhr von Kriegsgerät und der Verordnung über Durchführung von Kriegsgerät
in den eingegliederten Ostgebieten.

Vom 9. März 1940.

Auf Grund des Erlasses des Führers und Reichs-
kanzlers über Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete
vom 8. Oktober 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 2042) wird
verordnet:

§ 1

Das Gesetz über Aus- und Einfuhr von Kriegsgerät
vom 6. November 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1337) und

die Verordnung über Durchführung von Kriegsgerät vom
5. September 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1665) gelten in
den eingegliederten Ostgebieten.

§ 2

Die Verordnung tritt eine Woche nach ihrer Ver-
kündung in Kraft.

Berlin, den 9. März 1940

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
Heitel

Der Reichsminister des Innern

In Vertretung

Pfundtner

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 206

Deutsches Reich — Neufassung der Liste der Kriegsgeräte

∞ Der Reichsanzeiger Nr. 205 vom 2. 9. 40 enthält nachstehende Bekanntmachung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung betreffend Liste der Kriegsgeräte.

Die Liste der Kriegsgeräte, die nach §§ 1 und 2 des Gesetzes über Aus- und Einfuhr von Kriegsgerät vom 6. 11. 35 (Reichsgesetzbl. Teil I Nr. 126, S. 1337) nur mit meiner Erlaubnis zur Aus- und Einfuhr zugelassen sind, erhält folgende Fassung:

1. Waffen und Munition jeder Art und ihre fertigen Bestandteile.

Ausgenommen sind:

- a) die Waffen nach §§ 20 und 22 der Verordnung zur Durchführung des Waffengesetzes vom 19. 3. 38, Reichsgesetzbl. I, S. 270, und blanke Sportwaffen.
- b) Jagdwaffen gemäß § 32 der Verordnung zur Durchführung des Waffengesetzes vom 19. 3. 38, Reichsgesetzbl. I, S. 270.
- c) Scheibenbüchsen und Kleinkalibergewehre.
- d) Pistolen, soweit sie nicht Maschinenpistolen sind, unter 8 mm Kaliber, und Revolver.
- e) Munition für die Waffen unter a) bis d).

2. Geräte und Einrichtungen, die ausschließlich zum Einsatz von Kriegswaffen oder zur Vorbereitung eines solchen Einsatzes bestimmt sind, z. B. Meß- und Übungsgerät.

3. Panzerplatten und -kuppeln.

4. Panzerfahrzeuge,

2- und mehrachsantriebene Kraftfahrzeuge, Ketten- und Halbkettenfahrzeuge (außer landwirtschaftlichen Schleppern bis zu 12 km/std. Geschwindigkeit), Radschlepper über 50 PS, schwere Krafträder über 500 ccm, militärische Spezialfahrzeuge (z. B. für Nachrichten-, Pionier- und Kraftwageninstandsetzungsgerät).

5. Kriegsschiffe und die ihnen eigentümlichen Bestandteile.

6. Luftfahrzeuge,

Flugmotoren, Verstellpropeller, fertige Flugzeugbaugruppen, d. h. Flächen und Rümpfe.

7. Chemische Kampfstoffe, Nebel- und Gasabwehrmittel aller Art.

8. Militärisches Nachrichten- und Pioniergerät.

9. Militärische Ausrüstungsstücke.

Die Gegenstände unter 8. und 9. sollen gekennzeichnet sein durch ihre besondere Eignung für die Ausübung militärischen Dienstes. Es ist nicht nötig, daß sie ausschließlich für militärische Zwecke bestimmt oder brauchbar sind. Dinge des allgemein menschlichen Bedarfs sind nicht gemeint.

Z. B. gelten als Kriegsgerät:

Uniformen der Wehrmacht, Stahlhelme, Gasmasken, Ferngläser, Funkgerät, Feldfernsprecher, Leuchtpistolen, Scheinwerfer, Pontons, Feldküchen.

Dagegen sind nicht Kriegsgerät:

Leibwäsche, Nahrungsmittel, Brillengläser, Schallplatten, gewöhnliche Fernsprecher, allgemeines Baugerät.

Die Genehmigung des Oberkommandos der Wehrmacht gemäß § 22 des Waffengesetzes vom 18. 3. 38 (Reichsgesetzbl. I, S. 265 ff.) gilt bei Pistolen, blanken Seitenwaffen und den Gegenständen der Ziff. 9 für den Erwerb einzelner Stücke bis zur Höchstzahl von 5 Stück ohne weiteres als erteilt.

(NfA 206 v. 3. 9. 40)